
N i e d e r s c h r i f t

**über die Sitzung des Haupt- und Personalausschusses gemeinsam mit dem
Ausschuss für Finanzen zum Haushalt am 25.11.2020**

Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr
Sitzungsende: 20:44 Uhr
**Sitzungsort: Elbe-Rossel-Halle, Mörikestraße 2, 06862 Dessau-
Roßlau**

Teilnehmer/-innen: siehe Anwesenheitsliste

Öffentliche Tagesordnungspunkte

**1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung
und der Beschlussfähigkeit**

Der **Ausschussvorsitzende des Haupt- und Personalausschusses, Herr Ober-
bürgermeister Kuras**, und der **Ausschussvorsitzende des Finanzausschusses,
Herr Weber**, eröffnen die gemeinsame Sitzung, stellen die form- und fristgerechte
Ladung und Beschlussfähigkeit beider Ausschüsse wie folgt fest:

Haupt- und Personalausschuss: beschlussfähig
mit 9 anwesenden Ausschussmitgliedern

Finanzausschuss: beschlussfähig
mit 9 anwesenden Ausschussmitgliedern

2 Beschlussfassung der Tagesordnung

Gegen die vorliegende Tagesordnung werden keine Einwendungen oder Änderungs-
und Ergänzungsanträge vorgebracht.

Beide Ausschüsse stimmen der Tagesordnung zu.

Abstimmungsergebnis:

Haupt- und Personalausschuss: 9:0:0
Finanzausschuss: 9:0:0

3 Genehmigung der Niederschrift der gemeinsamen Sitzung des Haupt- und Personalausschusses und Finanzausschusses zum Haushalt 2021 am 28.10.2020 sowie der weitergeführten Sitzung des Haupt- und Personalausschusses

Zur Niederschrift der gemeinsamen Sitzung am 28.10.2020 werden keine Einwendungen und Änderungs- und/oder Ergänzungsanträge vorgebracht.

Beide Ausschüsse stimmen der Niederschrift zu.

Abstimmungsergebnis:

Haupt- und Personalausschuss: 9:0:0

Finanzausschuss: 9:0:0

4 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

Herr Oberbürgermeister Kuras gibt bekannt, dass in der gemeinsamen Sitzung am 28.10.2020 keine nichtöffentlichen Beschlüsse gefasst wurden.

Im Weiteren verliest er den in der weiterführenden Sitzung des Haupt- und Personalausschusses am 28.10.2020 nichtöffentlich gefassten Beschluss:

Unternehmensangelegenheit
Unternehmensstrategie DWG 2030

Einwohnerfragestunde

Zur Einwohnerfragestunde werden keine Anfragen vorgebracht.

16:43 Uhr – Herr Stadtrat Dreibrodt erscheint. Der Haupt- und Personalausschuss ist mit 10 anwesenden Ausschussmitgliedern beschlussfähig.

6 Öffentliche Anfragen und Informationen

6.1 Prüfauftrag Nr. 20 zum Haushalt 2020: Evaluation - Budget der Ortschaften
Vorlage: IV/074/2020/I-08

Zur Informationsvorlage werden keine Anfragen und/oder Wortmeldungen vorgebracht.

Beide Ausschüsse nehmen die Information zur Kenntnis.

6.2 Prüfauftrag Nr. 10 zur Umsetzung einer Linksabbiegespur am Rothkegel Baufachhandel, Ermittlung von Bedarf, Kosten und Umsetzungsmöglichkeit einer Abbiegespur
Vorlage: IV/077/2020/III-66

Herr Stadtrat Otto gibt an dieser Stelle eine Feststellung zu Protokoll. Er führt aus, dass es augenscheinlich an dieser Stelle bislang noch nicht zu Problemen gekommen sei. Er gehe davon aus, dass der Verkehr im Bereich des Flugplatzes mit weiteren Ansiedlungen zunehmen werde, so dass es dann zu Problemen kommen könne. Es fehle seiner Meinung nach die Feststellung, dass der Investor selbst bereit war, die Abbiegespur zu finanzieren. Diese Möglichkeit sei vergeben und die Stadt müsse, wenn sie zum Bau dieser Abbiegespur aufgrund erhöhten Verkehrsaufkommens gezwungen sei, die Kosten nun selbst tragen.

Herr Stadtrat Schönemann weist darauf hin, dass diese Linksabbiegespur ein wesentliches Element der Gesamterschließung an dieser Stelle sei. Zum Zeitpunkt der Veräußerung dieser Fläche gab es bereits erhebliche Probleme bei der Sicherung einer reibungslosen Begleitung der Investoren. Seine ganz ehrliche Meinung sei, dass für den Fall, dass man mit dieser Auftaktinvestition die weitere Entwicklung dieses Areals sinnvoll gestalten wolle, man seiner Meinung nach noch einmal darüber nachdenken müsse, dies vielleicht doch auf einer Realisierungsschiene in Kooperation mit Investor und Stadt auf den Weg zu bringen. Der Bedarf sei vorhanden und bedinge sich aus der doch bereits jetzt teilweise schwierigen verkehrlichen Situation an dieser Stelle.

Weitere Wortmeldungen werden nicht vorgebracht.

6.3 Sonstige Anfragen und Mitteilungen

Herr Stadtrat Eichelberg nimmt Bezug auf die steigenden Coronainfektionszahlen in der Stadt. Er erklärt, dass die SPD-Fraktion vor diesem Hintergrund anrege, die

Präsenzsitzungen des Stadtrates und seiner Ausschüsse auszusetzen und die weitere Gremienarbeit mittels Video- und/oder Telefonkonferenzen fortzusetzen. Er erbittet hierzu um Mitteilung zum Standpunkt der Verwaltung.

Herr Oberbürgermeister Kuras führt zur aktuellen Lage aus, dass der Landtag vor wenigen Wochen 2 für die Kommunen relevante Beschlüsse gefasst habe. So habe er die Änderung des Kommunalverfassungsgesetzes beschlossen. Diese beinhalte Spielregeln für den Pandemiefall. Damit sei man in die Lage versetzt, auch per Videokonferenz Ratssitzungen durchführen zu können. Ein weiterer Teil der Änderungen des Kommunalverfassungsgesetzes betreffen haushaltsrechtliche Regelung, z. B. Erleichterungen bei Kreditaufnahme, bei Einhaltung von Form und Fristen usw. Voraussetzung für das Inkrafttreten dieser Regelung sei, dass der Pandemiefall ausgerufen werde, d. h. der Landtag habe die Pandemiesituation im Land Sachsen-Anhalt festgestellt.

Der **Oberbürgermeister** führt weiter aus, dass die Möglichkeiten, über elektronische Medien Gremiensitzungen durchzuführen, damit gegeben seien. Allerdings seien die Voraussetzungen ausgesprochen aufwendig. Vorgeschrieben seien beispielsweise die Schaffung von Möglichkeiten für die Öffentlichkeit, in einem geeigneten Raum die Videokonferenz eines Gremiums verfolgen zu können. Die Schaffung der erforderlichen Bedingungen sei nur mit einem hohen Kostenaufwand möglich. Die Stadt prüfe derzeit die vorhandenen technischen Möglichkeiten. Über den aktuellen Stand werde er in der nächsten gemeinsamen Sitzung informieren.

Er persönlich vertrete die Meinung, so der **Oberbürgermeister** weiter, dass man so lange wie möglich dies zu vertreten sei an Präsenzsitzungen festhalten sollte. Im Weiteren seien auch schriftliche Umlaufverfahren möglich, was jedoch ebenfalls einen nicht unbeachtlichen Aufwand nach sich ziehe.

Er wiederholt an dieser Stelle, dass er in der nächsten gemeinsamen Sitzung diese Thematik nochmals aufgreifen wolle, um zu informieren, wo die Verwaltung diesbezüglich stehe.

Herr Stadtrat Fackiner nimmt Bezug auf die sich aktuell verschärfende Lage in der Stadt und erklärt, dass er als Vater eines schulpflichtigen Kindes an der Aufrechterhaltung des Schulunterrichtes interessiert sei. Dies werfe natürlich einige Fragen auf, wie beispielsweise die Ausrüstung der Schulen mit Luftfiltern, der Organisation des Schülerverkehrs u. a. Seiner Meinung nach sei es dringend an der Zeit, diesbezüglich nachzusteuern. Da bereits an der einen oder anderen Stelle über diese Themen gesprochen wurde, erbittet er einen aktuellen Stand zu diesen Themen.

Im Weiteren erklärt **Herr Stadtrat Fackiner**, dass er Ansätze wie eine Eisbahn auf dem Markt u. ä. nicht mehr für denkbar halte. Hierzu erbittet er ebenfalls einen aktuellen Situationsbericht.

Herr Oberbürgermeister Kuras bestätigt die sich aktuell verschärfende Lage in der Stadt in Zusammenhang mit den Coronainfektionszahlen. Allerdings müsse man dazu sagen, dass die Anzahl der Tests drastisch erhöht wurde.

Insofern stelle man mehr Infizierte fest. Die Stadt stehe also vor einer nach wie vor schwierigen Situation. Jedoch sei man durch personelle sowie technische Aufrüstung im Gesundheitsamt in der Lage, die Rückverfolgungen zu beherrschen.

In Bezug auf das angesprochene Problem bei den Schulen führt **Herr Oberbürgermeister Kuras** weiter aus, dass man das Ergebnis der Gespräche der Bundeskanzlerin mit den Ministerpräsidenten der Länder abwarten müsse. Schule sei dennoch nach wie vor Ländersache. Es sehe danach aus, dass der Schulbetrieb schon weitergeführt werden solle und es gebe Diskussionen zu den verschiedensten Modellen zur Aufrechterhaltung des Schulbetriebes.

Den Weihnachtsmarkt betreffend führt der **Oberbürgermeister** aus, dass sich der Pandemiestab in seiner heutigen Sitzung verständigt habe. Demnach werde die Stadt definitiv auf die Eisbahn verzichten. Geplant sei die Aufstellung eines Weihnachtsbaumes, der mit finanziellen Mitteln für die Eisbahn unterstützt werde. Der Marktbetreiber habe nochmals ein Konzept unter Beachtung der derzeit geltenden Bestimmungen vorgelegt, welches er für vertretbar halte. Seiner Meinung nach könne man der Bevölkerung nicht jegliches Weihnachtsflair entziehen. Auch im Rathauscenter habe man sich diesbezüglich Gedanken gemacht und einige Weihnachtsstände im Mittelweg unter Einhaltung der geltenden Bestimmungen aufgebaut.

Herr Stadtrat Fackiner legt dem Oberbürgermeister an dieser Stelle nochmals das Thema „Schülerverkehr“ nahe. Seines Wissens gebe es seitens der DVG mbH Bemühungen, durch den Einsatz von mehr Bussen der Situation gerecht zu werden. Ansätze, wie beispielsweise gestaffelte Schulzeiten, um den Schülerverkehr zu entlasten, sollten ebenfalls geprüft werden.

Im Weiteren nimmt **Herr Stadtrat Fackiner** Bezug auf die Thematik „Zukunftsreise“. Er weist darauf hin, dass dies nichts mit der Stadtmarke zu tun habe, d. h. ein völlig anderes Layout habe. Dies sei für ihn insofern unverständlich, da man diesbezüglich bereits weiter war. Zu den Gründen erbitte er entsprechende Informationen.

Herr Oberbürgermeister Kuras erklärt, dass ein Büro beauftragt wurde, welches entsprechende Vorschläge für dieses Logo vorgelegt habe. Man habe sich dafür entschieden, nicht das Stadtlogo zu nehmen, sondern für diese Art von Konferenz ein gesondertes Logo einzusetzen.

Herr Stadtrat Eichelberg greift nochmals das Thema „Präsenzsitzung“ auf. Er stellt fest, dass die aktuelle Situation in Bezug auf Corona nicht an der Stadt vorbeigehe und der Stadtrat zu einem nicht unwesentlichen Teil aus älteren Herren und Damen bestehe. Er erfragt an dieser Stelle, wer über die Form der Gremiensitzungen in dieser Situation entscheide. Er persönlich werde sich überlegen, ob er bei einer weiteren Verschärfung der Situation überhaupt noch an Präsenzsitzungen teilnehmen werde.

Zum Thema „Logo Zukunftsreise“ erklärt **Herr Eichelberg** sein Unverständnis darüber, dass nicht das städtische Logo Verwendung finde. Für die Identifikation der Bürgerinnen und Bürger mit ihrer Stadt wäre die Verwendung des städtischen Logos besser gewesen.

Der **Ausschussvorsitzende des Finanzausschusses, Herr Stadtrat Weber**, nimmt Bezug auf den ersten Teil der Anfrage des Herrn Eichelberg. Er erklärt, dass die Festsetzung der Tagesordnung und Einladung dem Stadtratsvorsitzenden in Zusammenarbeit mit dem Oberbürgermeister oder den Ausschussvorsitzenden obliege. Die genannten seien anwesend und insofern könne er davon ausgehen, dass die durch ihn hier gegebenen Hinweise und geäußerten Bedenken aufgegriffen werden.

Herr Stadtrat Kellner nimmt Bezug auf eine Anfrage seiner Fraktion aus dem Oktober zum Thema Neubau Hotel Schlossplatz. Seiner Meinung nach sei diese bislang noch nicht beantwortet. **Herr Oberbürgermeister Kuras** erwidert, dass es diesbezüglich eine schriftliche Anfrage von Herrn Stadtrat Adamek gab, die schriftlich durch den Beigeordneten D IV beantwortet wurde.

Weitere Anfragen und Mitteilungen werden nicht vorgebracht.

7 Beschlussfassungen

7.1 Jagdnutzungsrichtlinie für den Eigenjagdbezirk der Stadt Dessau-Roßlau Vorlage: BV/320/2020/III-66

Herr Stadtrat Weber erklärt, dass seiner Meinung nach hierzu nochmals Gesprächsbedarf bestehe und zwar in der Sache, dass nicht alle gebildeten Eigenjagdbezirke unbedingt solche bleiben müssen.

Bei einer Vielzahl dieser Eigenjagdbezirke biete sich an, sie den Jagdgenossenschaften zuzuordnen, um dort keine Parallelstrukturen zu schaffen. Dies würde für die Stadt finanziell auch nicht uninteressant sein.

Weitere Wortmeldungen werden nicht vorgebracht.

Die beiden **Ausschussvorsitzenden** stellen die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

Beschluss:

Die Jagdnutzungsrichtlinie für den Eigenjagdbezirk der Stadt Dessau-Roßlau wird bestätigt und tritt mit Veröffentlichung in Kraft.

Abstimmungsergebnis:

Haupt- und Personalausschuss: 9:0:1

Finanzausschuss: 9:0:0

7.2 Schwimmkurse im Vorschulalter anbieten **Vorlage: FV/016/2020/CDU**

Es werden keine Anfragen und/oder Wortmeldungen vorgebracht.

Die beiden **Ausschussvorsitzenden** stellen die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, Schwimmkurse für Kinder im Kita- und Vorschulalter zukünftig direkt über die Kindereinrichtungen anzubieten und dafür zu werben. Die vorhandenen Kapazitäten für Schwimmkurse sind auszubauen. Die Kosten für die Schwimmkurse sind so niedrig wie irgend möglich zu halten.

Abstimmungsergebnis:

Haupt- und Personalausschuss: 6:1:3

Finanzausschuss: 5:1:3

7.3 Haushaltssatzung 2021, Haushaltsplan 2021, Stellenplan 2021 **Vorlage: BV/351/2020/II-20**

Es besteht Einigkeit darin, dass die Tagesordnungspunkte 7.3 und 7.4 gemeinsam beraten werden. D. h. dass an dieser Stelle zu beiden Beschlussvorlagen etwaige Anfragen und Wortmeldungen vorgebracht werden können.

Bei der heutigen Sitzung handele sich um die sog. Bereinigungssitzung zu allen Anträgen der Fraktionen/Ortschaftsräte zum Haushalt 2021. **Die Liste aller Anträge mit den Abstimmungsergebnissen wird als Anlage der Niederschrift der heutigen Sitzung beigefügt.**

Protokolliert werden Anfragen und weitere Prüfaufträge zu den einzelnen Anträgen.

Das Wort wird an **Frau Bürgermeisterin Nußbeck** für Ausführungen zum weiteren Procedere übergeben. Sie führt aus, dass die vorliegende Liste alle Anträge umfasse, die bis gestern vorgelegen haben. Die Anträge in der Liste wurden im Wesentlichen mit 2 verschiedenen Farben gekennzeichnet:

- Die gelb gekennzeichneten Anträge resultieren bereits aus dem Jahr 2020. Es handele sich hierbei um wieder aufgelebte Prüfaufträge.
- Die weiß belassenen Anträge sind neue Anträge.

In der Spalte „Entscheidungsvorschlag der Verwaltung“ werden diese in drei verschiedenen Farben dargestellt:

1. Rot gekennzeichnet bedeutet, dass die Verwaltung den Vorschlag unterbreitet, den Vorschlag abzulehnen.
2. Grün gekennzeichnet bedeutet, diesen Antrag in den Haushalt aufzunehmen.
3. Blau gekennzeichnet bedeutet, dass über diesen Antrag nochmals im Fachausschuss beraten werden soll.

Zu 1. und 2. müsste eine Abstimmung für oder gegen erfolgen. Zu 3. müsste nicht abgestimmt werden, wenn der Einreicher des Antrages dieser Verfahrensweise zustimme (Beratung im Fachausschuss).

Der **Ausschussvorsitzende des Finanzausschusses, Herr Stadtrat Weber**, informiert an dieser Stelle über 2 weitere Anträge, die heute durch die Fraktion der SPD und den Ortschaftsrat Roßlau eingereicht wurden. Zum einen handele es sich um den Antrag der SPD Fraktion, die Beamtenstellen im Bereich der Feuerwehr der Stadt Dessau-Roßlau im Stellenplan 2021 entsprechend den Vorgaben zu den zu gewährenden Besoldungsgruppen in der Stellenbewertungs-Vergleichsübersicht der KGSt vom 08.06.2020 auszuweisen.

Inhaltliche Ausführungen zum Antrag erfolgen durch **Herrn Stadtrat Fricke** anhand der Vorlage der SPD-Fraktion.

Es folgen hinsichtlich einer mutmaßlich bei der Berufsfeuerwehr bestehenden schlechten Atmosphäre Anmerkungen durch **Herr Stadtrat Schönemann**, der abschließend den Antrag stellt, diese Thematik in der nächsten Sitzung des Haupt- und Personalausschusses auf die Tagesordnung zu stellen.

Herr Oberbürgermeister Kuras erklärt in Bezug auf das generelle Thema, dass dieses seiner Organisationshoheit unterliege und er erhebliche Zweifel habe, dass der Stadtrat ihn in diesem Belang anweisen könne.

Es folgen weitere Hintergrundinformationen durch den **Amtsleiter** des Amtes für Brand-, Katastrophenschutz und Rettungsdienst, **Herrn Kuhnhold**, zur tatsächlich bestehenden Situation und Ausführungen durch **Herrn Stadtrat Eichelberg**, der den Antrag des Herrn Schönemann unterstützt.

Im Rahmen der weiteren Diskussion wird durch **Herrn Stadtrat Kellner** der Vorschlag gemacht, dieses Thema im Rahmen einer Sondersitzung des Fachausschusses ausführlich zu betrachten, was durch **Herrn Stadtrat Otto** unterstützt werde.

Durch den **Oberbürgermeister** wird die Diskussion zusammengefasst und im Ergebnis nochmals der Vorschlag zur Beratung des Themas erst im Fachausschuss und dann der Ergebnisse im Haupt- und Personalausschuss unterbreitet.

Es besteht Konsens darüber, das Thema in der ersten Sitzung des Ausschusses für Feuerwehr, Hochwasser und Katastrophenschutz im neuen Jahr auf die Tagesordnung zu setzen. Gegen die weitere Anregung der Durchführung einer gemeinsamen Sitzung mit dem Haupt- und Personalausschuss werden keine Einwendungen vorgebracht. Über die Art und Weise einer solchen Ausschusssitzung werde man sich kurzfristig verständigen. Sowohl **Oberbürgermeister Herr Kuras** als auch **Frau Bürgermeisterin Nußbeck** sagen eine entsprechende inhaltliche Vorbereitung der Sitzung zu.

Frau Stadträtin Müller führt zu ihren nachgereichten Anträgen inhaltlich aus. Es handele sich zum einen um die Notwendigkeit einer zeitnahen Sanierung des Triftweges in Roßlau als Zufahrt zum Industriehafen Roßlau und im Weiteren um die Errichtung einer öffentlichen Toilette im Ortsteil Roßlau.

Im Ergebnis der weiteren Diskussion zum Antrag Triftweg wird Einigkeit darüber erzielt, diese Thematik in die Liste als Arbeitsauftrag für den Fachausschuss aufzunehmen. Dagegen werden keine Einwendungen vorgebracht.

Im Weiteren werden die einzelnen Anträge der Liste aufgerufen. Die Ergebnisse können der beigefügten Liste (Anlage) entnommen werden.

Nachfragen und Anträge zu Statusänderungen von Anträgen

Lfd. Nr. 9 – Antrag AfD-Fraktion Sportförderung von Vereinen

Auf die Nachfrage von **Herrn Stadtrat Adamek** die Förderung der BSG Medizin betreffend führt **Herr Dr. Reck, Beigeordneter für Kultur und Wirtschaft** aus, dass sich der Zuschuss auf die geplante Veräußerung der Sportstätte in Mosigkau beziehe. Hier wurde der Vorschlag unterbreitet, dass ein Teil des Verkaufserlöses (25 %) für die Unterstützung der BSG für ein neues Domizil genutzt werden könnte.

Von der Methodik her plädiere er dafür, diesen Vorschlag bereits jetzt im Rahmen der Haushaltsberatungen aufzugreifen und sofern es hierfür Mehrheiten gebe, diesen mit einem Sperrvermerk in den Haushalt aufzunehmen, um dann zum Zeitpunkt der Vollziehung des Verkaufes darüber zu entscheiden. **Herr Stadtrat Adamek** begrüßt diesen Vorschlag. Auf Nachfrage von **Herr Stadtrat Fackiner** bestätigt die Verwaltung, dass die Einnahme aus dem Verkaufserlös im Haushalt enthalten sei. Insofern, so **Herr Fackiner**, könne man kein Geld ausgeben, welches die Stadt noch nicht erhalten habe. Sollte der Verkauf des Objektes dann tatsächlich vollzogen sein, könne man sich nochmals mit diesem Thema befassen.

Dagegen werden keine Einwendungen vorgebracht.

Weitere Wortmeldungen hierzu werden nicht vorgebracht.

18:10 Uhr – Die Sitzung wird zur Durchführung des Lüftungsregimes für 10 Minuten unterbrochen und um 18:20 Uhr weitergeführt.

Lfd. Nr. 11 – Antrag Fraktion Die Linke/Freie Fraktion - Verlängerung des Radweges zu Mühle in Kochstedt/Schaffung eines Gehweges mit Fahrradnutzung an der Königendorfer Straße an der nordwestlichen Seite

Im Ergebnis der Diskussion erfolgt die Aufnahme des Antrages zu Lasten/Verschiebung anderer Investitionen. **Frau Wirth, Amtsleiterin Amt für Stadtfinanzen**, führt zur Anfrage von **Herrn Stadtrat Fricke** aus, dass die Deckung aus den Investitionsmaßnahmen Ferdinand-von-Schill-Straße und Sanierung Rathaus Altbau erfolge. Beide Maßnahmen werden zeitlich verschoben.

Lfd. Nr. 12 – Antrag Fraktion Die Linke – Schaffung einer Radwegeverbindung in Waldersee zwischen Sportplatz und Wörlitzer Brücke

Gegen den Vorschlag von **Herrn Stadtrat Schönemann** auf Umwandlung des Antrages in einen Arbeitsauftrag und Verweisung in den Ausschuss für Bauwesen, Stadtentwicklung, Verkehr und Umwelt werden keine Einwendungen vorgebracht.

Lfd. Nr. 14 – Antrag SBB Süd/Haideburg/Törten – Prüfung einer schnellstmöglichen Realisierung des Neubaus Gehweg Möster Straße

Im Ergebnis der Diskussion erfolgt die Aufnahme des Antrages zu Lasten/Verschiebung anderer Investitionen (Abstimmungsergebnis siehe Anlage). **Frau Bürgermeisterin Nußbeck** erklärt auf Nachfrage, dass die Deckung aus den Investitionsmaßnahmen Ferdinand-von-Schill-Straße und Sanierung Rathaus Altbau erfolge. Beide Maßnahmen werden zeitlich verschoben.

Frau Nußbeck weist an dieser Stelle darauf hin, dass die Deckung für alle neu aufgenommenen Anträge grundsätzlich aus den genannten Investitionsmaßnahmen erfolge, die entsprechend auskömmlich seien.

Lfd. Nr. 19 – Antrag Fraktion AfD – Sanierung Radweg Raguhner Straße zwischen Shell-Tankstelle und Wasserturm für 20.000 EUR

Gegen den Vorschlag des Antragstellers (**Herr Stadtrat Ratzmann**) auf Umwandlung in einen Arbeitsauftrag und Verweisung in den Ausschuss für Bauwesen, Stadtentwicklung, Verkehr und Umwelt werden keine Einwendungen vorgebracht.

Lfd. Nr. 21 – Antrag Fraktion AfD – Aufbau Verkehrsspiegel an der Kreuzung Bitterfelder Straße/Fritz-Hesse-Straße für 900.000 EUR

Gegen den Vorschlag des Antragstellers (**Herr Stadtrat Ratzmann**) auf Umwandlung in einen Arbeitsauftrag und Verweisung in den Ausschuss für Bauwesen, Stadtentwicklung, Verkehr und Umwelt werden keine Einwendungen vorgebracht.

Lfd. Nr. 26 – Antrag Fraktion Die Linke/Fraktion der CDU – Einstellung eines Budgets für die Stadtteile i. H. v. 5.000 EUR pro Quartier/Jahr

Herr Stadtrat Fackiner verweist auf die Haushaltsberatungen zum Haushalt 2020, in welchen eine Fortschreibung der Budgetierung für die Folgejahre beschlossen wurde, so dass hier keine jährliche Neuentscheidung getroffen werden müsse. Dies wird durch **Herrn Stadtrat Schönemann** unterstützt.

Dagegen werden keine Einwendungen vorgebracht.

Es wird Einigkeit darüber erzielt, dass eine Fortschreibung des Budgets bis zu einer Evaluierung erfolge.

Lfd. Nr. 37 – Fraktion der AfD – LEADER-Projekt, Wiederherstellung Rastplätze und Weg am Südufer Kühnauer See in Großkühnau

Vorschlag Verwaltung: Ablehnung, Erneute Thematisierung in 2022

Es wird Einigkeit zur Umwandlung des Antrages in einen Arbeitsauftrag und Verweisung in den Ausschuss für Bauwesen, Stadtentwicklung, Verkehr und Umwelt erzielt. Der Antragsteller bringt dagegen keine Einwendungen vor.

Lfd. Nr. 40 – Fraktion Die Linke – Sicherung der Schulsozialarbeit unabhängig von der Landesförderung

Im Ergebnis der Diskussion erfolgt eine Umwandlung in einen Arbeitsauftrag – Verweisung in den Jugendhilfeausschuss und den Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Bildung.

Anträge aus dem Jugendhilfeausschuss –

Lfd. Nr. 43 – Spielmobil

Lfd. Nr. 44 – Raxli Faxli

Lfd. Nr. 45 – Zuschuss Jugendinitiativen

Lfd. Nr. 46 – Spielebox im Stadtpark

Lfd. Nr. 47 – Helfende Hände

Herr Stadtrat George (Vors. des Jugendhilfeausschusses) erklärt, dass der Bedarf durch den Jugendhilfeausschuss bereits festgestellt wurde. Insofern sei eine Verweisung in den Fachausschuss entbehrlich.

Im Ergebnis der weiteren Diskussion wird über die Anträge und somit Aufnahme in den Haushalt abgestimmt.

Lfd. Nr. 48 – Antrag Fraktion Die Linke – Vorbereitung des Bauhaus-Jubiläums 2026

Herr Stadtrat Adamek beantragt die Erhöhung des Betrages von 500 EUR auf 5.000 EUR, um für gewisse Vorbereitungen bereits Planungssicherheit zu schaffen. Der Einreicher des Antrages unterstützt den Antrag.

Dem Änderungsantrag wird per Abstimmung zugestimmt.

Lfd. Nr. 51 – Antrag Fraktion Die Linke – Förderung des Offenen Kanals der Stadt Dessau-Rosslau

Herr Stadtrat George erklärt seine Befangenheit in dieser Angelegenheit. Er nimmt nicht an der Diskussion und/oder Abstimmung zu diesem Antrag teil.

Der Antragsteller folgt dem Vorschlag der Verwaltung mit der Ergänzung, diese Thematik als Arbeitsauftrag für den Ausschuss für Kultur mitzunehmen. Eine Abstimmung erfolgt nicht.

Lfd. Nr. 52 – Antrag Fraktion Die Linke – Beschaffung der Software zur Einrichtung und Betreuung digitaler Bibliotheken in 2021

Im Ergebnis der geführten Diskussion erfolgt eine Umwandlung in einen Arbeitsauftrag und Verweisung in den Ausschuss für Kultur.

Lfd. Nr. 55 – Antrag Ausschuss für Kultur – Schule für geistig Behinderte – Studie zur Erweiterung/Neubau der Schule

Im Ergebnis der Diskussion erfolgt die Abstimmung über den Antrag von **Herrn Stadtrat Otto**, die Kosten für die Studie in Höhe von 80 TEUR in den Haushaltsentwurf 2024 aufzunehmen.

20:10 Uhr - An dieser Stelle erfolgt nochmals eine Unterbrechung der Sitzung für eine Pause von 10 Minuten. Die Sitzung wird um 20:20 Uhr weitergeführt.

Es werden keine weiteren Anfragen, Anträge und/oder Wortmeldungen vorgebracht.

7.4 Haushaltskonsolidierungskonzept 2021 und Folgejahre Vorlage: BV/352/2020/II-20

Die Beratung erfolgte gemeinsam mit dem TOP 7.3.

Im Weiteren wird Nichtöffentlichkeit hergestellt.

9 Schließung der Sitzung

Beide **Ausschussvorsitzenden** schließen die gemeinsame Sitzung um 20:45 Uhr.

Dessau-Roßlau, 25.02.21

Oberbürgermeister Peter Kuras
Vorsitzender Haupt- und Personalausschuss

L. Maisel
Schriftführer